



Personen – Fakten - Trends

Südtirol: Laien sollen Pfarreien leiten

Die Diözesansynode der Diözese Brixen-Bozen sieht in der stärkeren Mitwirkung ehrenamtlicher Laien bei der Leitung von Pfarrgemeinden einen der strukturellen Schlüssel für eine auch künftig lebendige Kirche vor Ort. Statt mit Blick auf den wachsenden Priestermangel die Anzahl von Pfarren drastisch zu reduzieren, sollen auf diese Weise alle Pfarren, "die sich als lebendig und funktionsfähig erweisen, erhalten bleiben", wird in einem von den Synodalen erarbeiteten und von Bischof Ivo Muser bestätigten Visionspapier zum Thema "Struktur" festgehalten, das auf der Website der Südtiroler Diözese abrufbar ist.

Tebartz und das liebe Geld

Die Diözese Limburg verlangt Schadenersatz in Millionenhöhe von ihrem ehemaligen Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst. Einen entsprechenden Bericht der "Bild"-Zeitung bestätigte Diözesansprecher Stephan Schnelle auf Anfrage der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Der vom Papst eingesetzte Administrator Manfred Grothe habe im Vatikan mehrfach kirchenrechtliche Fragen nach einer materiellen Wiedergutmachung vorgebracht. Jetzt müsse der Papst entscheiden.

Insgesamt geht es laut "Bild" um 3,9 Millionen Euro. Diese Summe habe die Diözese nach dem Bau des rund 31 Millionen Euro teuren Bischofshauses abschreiben müssen. Darin enthalten seien unter anderem Kosten für nicht realisierte Entwürfe in Höhe von 950.000 Euro sowie Um-, Rück- und Wiederaufbauten für 780.000 Euro. Die Nebenkosten der Planung seien um 2,2 Millionen Euro überzogen gewesen. Ob der frühere Bischof für den Verlust allein verantwortlich sei, solle der kirchenrechtliche Prozess klären.

Nach Angaben der "Bild"-Zeitung zahlt die Kirche Tebartz-van Elst derzeit etwa 10.300 Euro monatlich. Davon seien 7.296 Euro Ruhegeld aus der Limburger Diözesankasse. Diese Zahlen wollte der Sprecher nicht kommentieren. (Kap)

Ein unvergessliches Trio

Im Alter von 95 Jahren starb Ende Juli dieses Jahres in Syracuse N.Y. Jerome „Jerry“ Berrigan als letzter der weltbekannten „Berrigan-Brothers“. Über sechs Jahrzehnte hinweg beherrschten Daniel (ein Jesuit), Philip (Josephite-Priester und später laisiert) und Jerry (Familienvater) mit ihren spektakulären Aktionen gegen die amerikanische Rüstungsindustrie, gegen den Kalten Krieg und gegen das in Fort Benning (Georgia) untergebrachte Ausbildungscamp der US-Armee für lateinamerikanische Offiziere, der sogenannten „School of the Americas“, die Schlagzeilen.

In einer ganzen Serie von Prozessen wurden die „Berrigan-Brothers“ zu Haftstrafen verurteilt. Mit kürzeren oder auch längeren Unterbrechungen verbrachten die Friedensaktivisten jeweils mindestens 11 Jahre im Gefängnis.

Streit ums kirchliche Arbeitsrecht

Der Passauer Bischof Stefan Oster hat das vorläufige Festhalten einiger bayerischer Diözesen am alten kirchlichen Arbeitsrecht in Deutschland verteidigt. Er und die Bischöfe von Eichstätt und Regensburg prüften derzeit noch, "ob und wenn ja wie" sie die Novelle umsetzten, schrieb Oster auf seiner Facebook-Seite. Dies geschehe "nicht in der großen Opposition zum Rest der Bischofskonferenz, sondern im guten Gespräch und im ehrlichen Ringen miteinander". Den drei Bischöfen sei bewusst, dass es "grundsätzlich wichtig ist, ein einheitliches kirchliches Arbeitsrecht in Deutschland zu haben".

Aus Sicht des Passauer Bischofs enthält die Ende April von den deutschen Bischöfen mit großer Mehrheit verabschiedete Reform des kirchlichen Arbeitsrechts einige "zu wenig präzise Formulierungen". Dadurch würden Kündigungen im Falle schwerwiegender Loyalitätsverstöße, etwa einer zweiten Zivilehe nach einer Scheidung oder dem Eintragen einer Lebenspartnerschaft, "beinahe aussichtslos".

Kirchenaustritte 2014

In Deutschland sind im vergangenen Jahr so viele Menschen wie noch nie aus der katholischen und aus der evangelischen Kirche ausgetreten. Allein in der katholischen Kirche stieg die Zahl der Austritte um mehr als 20 Prozent auf 217.716 (2013: 178.805). Der bisherige Höchststand lag bei rund 192.000 im Jahr 1992. Laut der in Bonn veröffentlichten Statistik der Deutschen Bischofskonferenz hat damit knapp jeder hundertste Katholik (0,91 Prozent) 2014 seiner Kirche den Rücken gekehrt.

Mit insgesamt fast 24 Millionen Kirchenmitgliedern ist die römisch-katholische Kirche in Deutschland trotz der Austritte weiterhin die größte Religionsgemeinschaft mit einem Bevölkerungsanteil von 29,5 Prozent (2013: 29,9 Prozent). An zweiter Stelle liegen die evangelischen Landeskirchen mit deutschlandweit 22,6 Millionen Mitgliedern (2013: 23 Millionen). Ihr Anteil sank damit von 28,5 auf 27,9 Prozent. (Kap)

Eugen Drewermann wurde 75 Jahre alt

Der bekannte Theologe und Psychotherapeut Eugen Drewermann wurde diesen Sommer 75 Jahre alt. Die Bücher des Ex-Priesters und aus der katholischen Kirche ausgetretenen Wissenschaftlers haben schon vor Jahren eine Millionenaufage erreicht.

Sterbehilfe

Der frühere Erzbischof von Canterbury, George Carey (Lord Carey of Clifton), setzt sich für eine Legalisierung der Sterbehilfe ein. Laut der britischen Tageszeitung "Daily Telegraph" kündigte der ehemalige Primas der anglikanischen Staatskirche von England seine Unterstützung für einen entsprechenden Gesetzentwurf an. Es sei "eine zutiefst christliche und moralische Sache", Ärzten zu erlauben, todkranken Menschen beim Suizid zu helfen, zitiert das Blatt Carey.

Careys Position ist völlig konträr zu jener des aktuellen anglikanischen Primas Justin Welby, der eine Legalisierung der Sterbehilfe in Großbritannien ablehnt. Schon vor einem Jahr hatten sich britische Religionsführer, unter ihnen Primas Welby und der katholische Erzbischof von Westminster Vincent Nichols, in einer gemeinsamen Erklärung gegen jedwede Erlaubnis von aktiver Sterbehilfe ausgesprochen.

Ein entsprechender Gesetzentwurf sieht vor, dass sterbewillige Patienten mit einer Lebenserwartung von bis zu sechs Monaten mit ärztlicher Hilfe Suizid begehen dürfen. Für den 11. September ist im britischen Unterhaus eine Debatte zu dem Thema vorgesehen.

Osttimor: Staatsvertrag mit dem Vatikan

Der Vatikan und Osttimor haben ein Konkordat abgeschlossen. Unterzeichnet haben das Vertragswerk Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin und Ministerpräsident Rui Maria de Araujo in Osttimors Hauptstadt Dili. Das Konkordat garantiert die Rechte der katholischen Kirche in dem südostasiatischen Land und regelt u.a. den juristischen Status der kirchlichen Ehe sowie von Kultstätten, katholischen Bildungseinrichtungen und kirchlich-karitativer Arbeit.

Die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor wurde 1975 von Indonesien militärisch besetzt. Nach einem über 20 Jahre dauernden Bürgerkrieg erlangte das kleine Land 2002 seine Unabhängigkeit. 95 Prozent der rund 1,2 Millionen Einwohner gehören der katholischen Kirche an. Damit ist der Inselstaat neben den Philippinen das einzige asiatische Land mit katholischer Bevölkerungsmehrheit.

Madrid: Erzbischof verurteilt Homophobie

Der Erzbischof von Madrid, Carlos Osoro, hat sich für einen offeneren Umgang der Kirche mit Homosexuellen ausgesprochen. "Es gibt keine Christen erster, zweiter oder dritter Klasse", sagte Osoro auf einer Pressekonferenz. Alle Getauften seien "Jünger Christi", so der 70-Jährige. Homosexuelle dürften ebenso wenig wie wiederverheiratete Geschiedene oder Transsexuelle "verdammte und verurteilt" werden.

Der spanische Hauptstadt-Bischof steht ähnlich wie Papst Franziskus für eine stark den Menschen zugewandte Haltung.

Der Umgang mit Homosexuellen ist innerhalb der katholischen Kirche Spaniens jedoch umstritten. Vergangenes Jahr hatte Kardinal Fernando Sebastian Aguilar, emeritierter Erzbischof von Pamplona, Homosexualität als "Defekt" bezeichnet, der durch Behandlung geheilt werden könne.

Papst solidarisch mit Volksbewegungen

Auf seiner Lateinamerikareise im Juli dieses Jahres, die ihn nach Ekuador, Bolivien und Paraguay führte, brachte Papst Franziskus mit ungewöhnlich deutlichen Worten sein großes Bedauern darüber zum Ausdruck, dass während der Eroberung Amerikas von der katholischen Kirche „im Namen Gottes viele und schwere Sünden gegen die Ureinwohner“ begangen wurden. In seiner Rede vor Vertretern von Volksbewegungen aus aller Welt versprach der Papst in der ostbolivianischen Stadt Santa Cruz de la Sierra seinen Zuhörern, dass er im Kampf gegen neue Formen von Kolonialismus an ihrer Seite stehen werde. "Der neue wie der alte Kolonialismus, der die armen Länder zu bloßen Rohstofflieferanten und Zulieferern kostengünstiger Arbeit herabwürdigt, erzeugt Gewalt, Elend, Zwangsmigrationen und all die Übel, die wir vor Augen haben", erklärte Papst Franziskus.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart sei die Verteidigung von „Mutter Erde“ – unterstrich er mit Hinweis auf seine vor kurzem veröffentlichte Umwelt-Enzyklika. "Man darf nicht zulassen, dass gewisse Interessen - die globalen aber nicht universalen Charakters sind - sich durchsetzen, die Staaten und die internationalen Organisationen unterwerfen und fortfahren, die Schöpfung zu zerstören", betonte der Papst. Die Zukunft der Menschheit liege nicht allein in den Händen der sogenannten Mächte und Eliten. "Sie liegt grundsätzlich in den Händen der Völker."

Flüchtlings-Drama

In den ersten acht Monaten dieses Jahres haben knapp mehr als 250.000 Migranten und Asylsuchende aus Nordafrika und dem Nahen Osten Europa über das Mittelmeer erreicht. Nach Angaben der Internationale Organisation für Migration (IOM) in Genf übersteigt die Zahl der Neuankömmlinge schon jetzt die von 2014, als 219.000 Flüchtlinge registriert worden waren. Erwartet werden in diesem Jahr rund 800.000 Flüchtlinge.

Im Durchschnitt, so verlautete aus Genf, würden vor den Küsten Italiens und Griechenlands täglich rund 1.000 Menschen gerettet.

Mindestens 2.300 Flüchtlinge kamen nach Berechnungen von IOM in diesem Jahr bei der Überfahrt ums Leben. Der Kanal von Sizilien, so die Organisation, sei «die tödlichste Route» für Menschen auf der Flucht vor Gewalt, Naturkatastrophen und Armut. Rund 102.000 hätten dieses Jahr den Weg nach Europa auf dieser Route gewählt.

Christenverfolgung

Menschenrechtsorganisationen sprechen von 100 Millionen verfolgter Christen in islamischen und auch kommunistischen Ländern wie z.B. Nordkorea. Leider wird aus politischen Gründen geschwiegen. Auch die katholischen Bischöfe sind zurückhaltend, da ja möglicherweise der Dialog mit dem Islam gestört würde. Der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Bedford-Strom unterstützt öffentlich das 34-Millionen teure Islamzentrum in München und muss in Sachen Christenverfolgung natürlich schweigen.

Ganz anders die französische Kirche. Am 15.8.2015 läuteten zum Zeichen des Protestes und der Solidarität in allen französischen Kirchen die Glocken.

Anderer Meinung als die Kirchenleitung

Eine nicht repräsentative Umfrage

Drei katholische Theologiestudenten aus Berlin und Münster stellten am 19.08.15 die Ergebnisse einer Fragebogenaktion zum Themenbereich Ehe und Sexualität vor. Diese war wissenschaftlich begleitet vom „Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften“ und der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster. Die breit gestreute Befragung wurde von 12.400 Katholiken aus 42 Ländern beantwortet, die meisten Antworten (7.200) kamen aus Deutschland.

Die Befragung ist also nicht repräsentativ, spiegelt aber doch einigermaßen, vor allem für Deutschland, die Meinung der Katholiken wider:

87 Prozent der deutschen Antworten plädierten für die Einführung des Diakonats der Frau, 72 Prozent hielten die Anwendung künstlicher Verhütungsmethoden für richtig, 85 Prozent waren für die Abschaffung des Pflichtzölibats, der durch einen Wahlzölibat ersetzt werden sollte. 90 Prozent der Reaktionen aus Deutschland lehnten einen Ausschluss der wiederverheirateten Geschiedenen vom Kommunionempfang ab. Obwohl sich auch mehr als 90 Prozent für die Beibehaltung der kirchlichen Hochzeit aussprachen, befürworteten mehr als 80 Prozent ein „probeweises Zusammenleben“ vor der Ehe und 70 Prozent die Anerkennung und Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften (bei der Frage nach einer kirchlichen Trauung dieser Paare ergab sich „kein klares Bild“).